
Aussprache

Hintergrundloses Konfliktpanorama

(zu Heft 4/2003)

„Soweit die kritische Haltung sich nicht mit einer historischen Bewegung verknüpft weiß, trägt sie agnostische Züge“ Leo Löwenthal

Außenpolitische Fragestellungen brennen der Öffentlichkeit auf den Nägeln, seit das Land auf SPD-Wahlveranstaltungen wie in Goslar (2002) gleichsam nebenbei von einem Bündniswechsel überrascht wurde. Entscheidende Wegmarken der deutschen Nachkriegsaußenpolitik sahen sich dabei ohne Not verrückt, sieht man von

Kanzlerbedrängnissen ab. Es ist daher nur konsequent, dass Heft 4/2003 der GMH einige mit diesem Umbruch verbundene Problemfelder thematisiert.

So weit, so gut. Gleichwohl verwundert der etwas realpolitisierte Ansatz der Argumentation, der von mentalen Verschiebungen im bundesdeutschen Vorstellungshaushalt zeugt.

Was ist damit gemeint? Nun, während bisher etwa mit Dolf Sternberger davon ausgegangen worden war, dass Frieden die *conditio sine qua non* von Politik ist, so dass Krieg und Gewalt relevante, aber durch Machtbalancierung und Völkerrecht im Äußeren, Sozialausgleich und Fairness im Inneren kontrollierbare Größen seien, hat sich mir nichts dir nichts die Tonlage der Politikdebatte verändert. Nicht nur mit Blick nach

innen, wo Deregulierung und Umverteilungsstopp en vogue sind; sondern auch nach außen, wo plötzlich Vorherrschaft und Präventivkriege auf der Tagesordnung stehen. Ist Sternberger überholt, während Carl Schmitt wieder nachgefragt wird?

Auch das GMH-Heft liest sich wie ein internationaler Frontbericht, zuweilen klingt so etwas wie ein soldatischer Unterton durch. Frieden wirkt utopisch oder gleicht einer Waffenruhe, internationale Kooperation schmeckt wie eine Sache für ewig Gestrige: angesagt hingegen sind Hegemonie - natürlich in bester amerikanischer Absicht -, Härte und die Auffrischung veralteter Kenntnisse einer Grammatik des Krieges.

Während der naive Zeitgeist hierzulande immer noch Lämmchen zählt, was auch nicht gerade realitätstüchtig wirkt, verblüfft das Umschalten auf Martialismus doch ziemlich. Es verblüfft auch deswegen, weil es reichlich deskriptiv wirkt: Als ob eine Verkriegung der Epoche das Selbstverständlichste der Welt sei, einseitige Präventivschläge logisch begründbar wirkten und Terrorismusdefinitionen ein amerikanisches Prärogativ darstellten. Besteht zwischen Vasallentum und Antiamerikanismus aber kein Drittes? Und ist eine „Arroganz der Ohnmacht“ (Hacke) genauso schlimm wie die Arroganz der Macht? Verfangen in solches Wertungsgestrüpp verweigert sich die Debatte - in Ansätzen eben auch in den GMH - den eher kritisch-nutzentheoretischen Aspekten der Problementwicklung zugunsten phänomenologischer, fast konstruktivistischer Schilderungen.

Zwar gleicht laut Richard Löwenthal die Weltgeschichte keinem Seminar; aber gerade als Realpolitik bedarf sie doch ursachen-analytischer Klärung, die die Fragen nach dem cui bono nicht aus den Augen verliert. Und wenn mit einem paretonisch gestimmten Karl Otto Hondrich menschliches Handeln unlogischen Antrieben unterliegt, muss die Analyse doch deswegen dieser Regel nicht gleich folgen.

So aber wirkt die momentane Flut an Veröffentlichungen über eine epochale Verkriegung und ihre strategischen beziehungsweise organisatorischen Voraussetzungen und Folgen - angeblich lauter neue Kriegsszenarien - ausgesprochen heikel. Kann diese Stimmung nicht selbst der Zähmung des Militärischen abträglich sein, weil die Zivilisierung, gar Beherrschung der Gewalt nun wie absurd wirkt? Bricht stattdessen eine neue Epoche der Dr. Strangeloves an? Durchleben wir den reichlich abrupten Übergang aus den Jahrzehnte

währenden Exterminationsängsten (Kalter Krieg) zu geradezu vormodern anmutenden Rache- und Duellvorstellungen zwischen mehr oder weniger hochgerüsteten Weltzonen? Vorstellungen, die noch dazu erhebliche Rückwirkungen auf zivilgesellschaftliche Errungenschaften haben können, wie erste Entwicklungen in Richtung auf einen „garrison state“ (Lasswell) in Washington zeigen?

Wie immer, Informationen über neue Risikolagen sind nützlich, nicht zuletzt auch deswegen, weil sie festsitzende Illusionen der alten Bundesrepublik vertreiben helfen können, wonach weltweit Friede und Freude herrscht, wenn wir es nur wirklich und fest wünschen. Wissenssoziologisch betrachtet aber führt die Debatte auf Abwege, wenn sich die verschiedenen Verpuppungen kriegerischer Gewalt, die sich aus dem Zwischenstaatenbereich zunächst in bürgerkriegsähnliche Dimensionen verstrickt hat, dann innere Verwerfungen der Entwicklung in Form von Terror gegen die Machtzentren - vertreten von den USA - produziert, ernsthaft als Ausdruck einer neuen Dynamik des Bösen verortet sehen, ganz ohne einen Hauch dekonstruktivistischen Zweifels. Mit kühlem Blick lassen sich die gegenwärtigen Konfrontationsszenarien doch längst bekannten Motivmustern der Konfliktualität zuordnen, selbst wenn sich Austragungsorte, Gegner, Waffentypen oder auch Strategien geändert haben.

Zwar sind die Gefährdungen gewachsen, auch deswegen, weil die Reichweite der Zerstörungsmittel unverhältnismäßig viel größer geworden ist als etwa zurzeit eines Nestschajew - sozusagen der Bin Laden des 19. Jahrhunderts -, um bei Risikolagen unterhalb der Kriegsgefahr zu bleiben. Aber die Gewalt selbst, die im Spiel ist, ist keineswegs neu oder unerklärlicher als früher.

Kriege als Staatsaktionen, subversives kriegerisches Handeln oder aber marodierendes Kriegsausnutzen haben allesamt erkennbare Gründe, die ihrerseits zweck- und wertrationale Ziele verfolgen, wenn eben auch nicht immer nach eingespielten Regeln, wie es sein sollte. Diese waren zwar abgesprochen, jedenfalls im zwischenstaatlichen Bereich, wurden dann aber auch von der „guten Seite“ schon in den Kriegen des 20. Jahrhunderts selten eingehalten, um von den Schurkenstaaten gar nicht zu reden.

Das spricht nicht gegen die Regeln, verweist vielmehr auf die Dynamik entfesselter Gewalt, auf die bereits ein Thomas Morus warnend aufmerksam

gemacht hat. Und es verweist auf Interessen, die ausnahmslos im Rennen sind und die sich der politischen Leidenschaften bedienen, um sich zu tarnen. Diese Kräfte wirken auch in republikanischen Gebilden, wie nicht erst Bush jr. demonstriert, sondern wie es schon vor langem Machiavelli geschildert hat.

Doch weiter: Auch die Logik von Ursache und Wirkung ist in diesem Dilemmafeld nicht aufgehoben, gerade auch dann nicht, wenn die Machtverhältnisse allzu asymmetrisch wirken. Ohnmacht, Frustration, Benachteiligung, Fremdbestimmung, Angst oder Unterdrückung, das sind wie eh und je die Wurzeln von Aufsässigkeit und Widerstand.

Spiegelbildlich stellen Übervorteilung, Interessen, Übermacht oder Arroganz die Quellen eines Handelns dar, das sich planetaren Teilhabekriterien ebenso entzieht wie optimistischen Abspracheregeln: Diese aber waren mit dem Versprechen der Verallgemeinerungsfähigkeit spätestens nach 1945 als Basisvorstellungen festgelegt worden, um durch „gute Politik“ (Czempiel) die Zuflüsse der Verfeindung in den Gesellschaften ebenso einzuhegen wie auf der internationalen Bühne.

Mag sein, dass diese Vorstellungen reichlich blauäugig waren. Immerhin belegt die Befriedungsleistung der Umverteilungspolitik, dass Konfliktgewalt kein Schicksal ist. Kein Schicksal also, das gegenwärtig als Globalisierungsgeißel über die Epoche hereinbricht, so dass es angeraten schiene, den Helm fest zu schnüren.

Die Mitwelt wird gegenwärtig mitnichten durch eine Art Eigenlogik von Gewalt und Krieg überrascht, sondern mit Folgen interessenpolitischer, transstaatlicher und markt-deregulierender Eingriffe konfrontiert, die katalytische Folgen für das politische Weltklima zeitigen, wie unschwer zu beobachten ist. Das liegt aber nicht am Wetter, sondern an einer interessenpolitischen Zustandsgefährdung, die statt auf Beruhigung und Ausgleich auf ökonomische Übervorteilung und machtpolitische Übermacht setzt, so dass Überlebens-, aber auch Konkurrenzkonflikte ebenso programmiert sind wie die Gegenwehr der Erniedrigten und Beleidigten.

Davon ist in der GMH-Debatte kaum etwas zu lesen, so dass Ross und Reiter zugunsten eines scheinbar hintergrundlosen Konfliktpanoramas verschwimmen. Was wiederum zur Folge hat, dass sich bei allem Bemühen um Erklärung, mit Adorno zu reden, die Entwicklungstendenzen, vor denen durchaus gewarnt wird, irgend-

wie reifiziert und damit letztlich normalisiert sehen.

Nun lässt sich an der gegenwärtigen Wetterverschlechterung kaum etwas ändern, noch dazu rasch. Aber auch deswegen nicht, weil etwa Europa im herrschenden Klima der Stärke viel zu schwach dasteht, um dem Pentagon in dieser oder jener Frage Einhalt bieten zu können. Was darauf verweist, dass es mit dem Rückzug in die stille Unschuld hierzulande auch nicht getan ist; zum Realismus gibt es außenpolitisch keine Alternative.

Er muss aber auch wirklich „realistisch“ sein. Das verlangt, Politik nicht mit einem VHS-Treffen zu verwechseln, jedoch auch nicht mit einer Löwengrube. Vielmehr geht es um langfristige Differenzregelungen, wobei Macht und Interessen interagieren, um ein im Sinne von Karl Mannheim relationistisches Aushandeln der Standorte zu ermöglichen, ohne dass die Gegenseitigkeit selbst in Frage gestellt wird. Dieses Aushandeln bedingt so oder so Friedenswillen, verstanden als Medium gleichermaßen von Auseinandersetzung und Kooperation.

Insofern aber hat die intellektuelle Beschäftigung mit außenpolitischen Problemen neben aller Deskription auch die analytische Pflicht, mehr zu leisten als Bestandsaufnahmen der Machtgefälle beziehungsweise eilfertige Kriegstypologisierungen, die den schlechten Stand der Dinge wie selbstläufig wirken lassen, der doch nur Dezisionsfolgen verrät.

Rückerinnerung

„Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus“, derart kommentierte Goethe die Kanonade von Valmy im September 1792. Eine Invasionstruppe gegen Frankreich war wider Erwarten am Widerstand der Revolutionstruppen unter Dumouriez und Kellerman gescheitert. Die Verluste waren gering, die Wirkung aber war ungeheuer. Alteuropa stieß auf die Moderne in Form innovativer Ideen, Schichten und - bald auch - Strategien, die den Kulturbruch samt impliziter Klassenauseinandersetzung in einen internationalen Bürgerkrieg ausufern ließ.

Überdeckt wurde der Grundkonflikt - anfangs mit dem Feudalismus, dann mit linken Opponenten -, der bekanntlich erst 1989 mit einem Sieg des Bürgertums endete, durch lauter verschieden geartete Friktionen. Die vertikalen

Spannungen wurden derart angetrieben und verdeckt durch horizontale Konfrontationen zwischen der nationalstaatlichen Organisation der Marktäre, die über Kolonialismus, Imperialismus und Faschismen aller Art in eine Epoche zwischenstaatlicher Kriege mündete.

Das hatte man sich anders vorgestellt. Nachweisbar korreliert Patriarchalismus mit hoher Bevölkerungsdichte, Übernutzung, Ackerbau und häufigen Kriegen. Seit Herbert Spencer war man daher der Meinung gewesen, Industrialismus und Befriedung gingen Hand in Hand, nicht zuletzt deswegen, weil für eine Welt der empfindlichen Arbeitsteilung die Kollateralschäden von Kriegsakten zu riskant seien.

An dem war nicht, Zerstörungsmüdigkeit setzte erst ein, nachdem jedenfalls der europäische Bürgerkrieg fast mit einem Untergang des Alten Erdteils geendet hatte. Objektiv schien es nun eine Chance zur Kriegseindämmung zu geben, weil nach 1949 durch die sich entwickelnde, wiewohl heikle Pattsituation zwischen den Atommächten sowie durch den Atlantismus mit seinem Prinzip kollektiver Sicherheitsvorstellungen und Regelungsprozeduren (UNO) wenn nicht der Streitsinn, so doch dessen Gründe ebenso abgenommen zu haben schienen wie sich das Recht zum freien Zugriff auf Gewalt eingeschränkt sah.

Zwar blieb nicht nur der „Kalte Krieg“ ein Friedensrisiko; auch an der Weltperipherie tobten in diesen Jahren unzählige Konflikte, die sich weder an die Standards des Völkerrechts hielten noch sich um etablierte Muster der Kriegsführung kümmerten. Der Krieg war und ist eben tatsächlich „ein wahres Chamäleon“ (Clausewitz). Aber wie dieses wird er von immer gleichen Motiven angetrieben, die Zeit, Raum und Ideologien übergreifen.

Immerhin jedoch gelang es nicht nur, seine Proliferation zu beherrschen; zudem war der Westen im Stande, entweder die Konflikte einzudämmen oder aber - wie in Vietnam -, auch nach Niederlagen eine wenn auch subversive, historisch aber keineswegs unübliche Staatsbildung abzunicken. Derart änderte sich in summa das Verhältnis von Militärstrategien und Staatsmacht im internationalen Raum nicht wesentlich.

Betrachtet man mit Klaus Jürgen Gantzel das seit Valmy übliche Konfliktszenario, dann erwei-

sen sich Kriege ohne Ausnahme als organisierte und intentionale Gewaltkommunikationen, die unter verschiedenen politischen, regionalen oder hopleitischen Bedingungen geführt wurden, um staatliche beziehungsweise politische Interessen der verschiedensten Art durchzusetzen.

Der kriegerische Einsatz von Waffen beruht nolens volens auf Zweckrationalität, selbst wenn bei lang andauernden Konflikten durchaus Verselbständigungsprozesse zu verzeichnen waren. Oder anders ausgedrückt, Ziel des Militärs als Instrument der Politik war der Friede, so dass Gewalt und Ordnung klar unterschieden wirkten, selbst wenn diese Trennung der Streitparteien nicht immer offensichtlich wurde.

Nach dem 11. September 2001 war von der US-Administration zu hören: Von hier und heute geht eine neue Phase der Weltpolitik aus! Das mag so sein, weil die Hypermacht in Bewusstwerdung ihrer tatsächlichen - nicht nur, wie im Kalten Krieg, möglichen - Verletzlichkeit eine einseitige Strategie der Prävention und Intervention entworfen hat, in der willige Mitstreiter als Handlanger eingereicht werden. Diese Kehre führte zwar zu einer Aufrauung der Zeitläufe, läutete aber keine wirklich neue Konfliktphase ein. Jene „neuen Kriege“ (Münkler) sehen wie die alten aus, selbst wenn sie auf veränderte Gefahrenlagen reagieren.

Zum einen werden diese durch das eigene Drohverhalten mit verursacht. Zum anderen erwachsen die lang- und kurzfristigen Anlässe für das Säbelrasseln aus einer allzu dominanten wirtschaftlichen und machtgestützten Interessenpolitik, die kaum dazu angetan ist, den Frustrations- und damit den Aggressionspegel auf der Weltbühne zu senken, eher umgekehrt.

Deutungsansätze, die diese negative Dialektik übersehen oder ignorieren, sind schwerlich dazu angetan, der Öffentlichkeit erklären zu können, was das polemologische Gewitter, das auf der Weltbühne aufzieht, für Folgen hat, wo und warum es entsteht - und was sich eventuell dagegen tun lässt.

*Sven Papcke,
Münster*